

Gesetz wird Exportschlager

Das von den Bündnisgrünen initiierte Erneuerbare Energien Gesetz wird zum Exportschlager. Andere Länder machen es nun nach. Nur, wie es in Deutschland damit weiter geht, steht gegenwärtig in den Sternen.

Seite 2

Fit für Zukunft? Nicht ganz!

„Zukunftsfähige Gemeinde“ war das Motto des Wettbewerbs, an dem auch der Bezirk Neukölln teilnahm. Das Ergebnis: In Sachen Zukunftsfähigkeit hat Neukölln noch erheblichen Nachholbedarf.

Seite 3

Mit dem Auto weg vom Öl

Benzin sparen, umweltschonend Auto fahren: Was die deutsche Industrie verschlafen hat, schafften engagierte Ingenieure. Vor der IAA präsentierte Greenpeace das Drei-Liter-Auto - reif für die Serienproduktion.

Seite 6

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 155, November 2005

Trotz Großer Koalition:

Grün macht den Unterschied! Für die ökologische und solidarische Modernisierung

Berlin/Oldenburg – CDU und SPD haben gerade ihr Postengeschacher beendet, mit der inhaltlichen Planung ihrer Regierungsarbeit noch nicht begonnen – da legen die Grünen auf ihrem Parteitag in Oldenburg die Marschroute für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit fest.

Denn auch, wenn rot-grün abgewählt wurde: Die Grünen haben mit 8,1 Prozent der Zweitstimmen ihr Rekord-Resultat der Bundestagswahl 2002 fast gehalten, immerhin das drittbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte eingefahren. Und: Bei aller Popularität des Spitzenkandidaten Joschka Fischer - 63 Prozent

der Grün-Wähler sagten, dass für sie die Inhalte entscheidend waren - ein höherer Anteil als bei jeder anderen Partei. Dafür spricht auch: Überproportional gut schnitten die Grünen mit 9,4 Prozent bei den Wählerinnen ab - ein Ergebnis der klaren Aussagen zur Geschlechtergerechtigkeit. Bei den Jungwählern waren die Grünen besser als FDP und Linkspartei.PDS. In allen Ost-Bundesländern - da, wo die Menschen mit der Linkspartei die meisten Erfahrungen haben - gab es deutliche Stimmenzuwächse.

Der Bundesvorstand der Grünen nun über die Oppositionsrolle der Partei: „Für uns Grüne stellt sich die Aufgabe, eine harte und phantasievolle,

angriffslustige und konzeptionelle Opposition zu sein. Wir werden eine konstruktive Opposition betreiben. Als kleinste Fraktion im Bundestag wollen wir gegenüber der marktradikalen FDP am einen Rand und der populistischen Linkspartei.PDS am anderen die Oppositionsführerschaft erringen.“ Und: „Als Opposition werden wir Garanten der in den rot-grünen Jahren - teilweise auch gegen den Willen der SPD - erkämpften Fortschritte sein und uns dafür einsetzen, dass die Politik an unseren ökologischen und sozialen Zielen gemessen wird. Wir stehen dabei für die Verbindung von ökologischer Erneuerung und wirtschaftlicher Dynamik, für die Balance von Modernisierung und Gerechtigkeit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Bürgerrechte, Weltoffenheit, für ein vernünftiges Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit und für eine verantwortliche Außen- und Friedenspolitik.“

Klar, dass angesichts der neuen Parteien-Konstellationen sich auch die Grünen Gedanken über neue Regierungskonstellationen, über Alternativen zu rot-grün machen müssen. Aber auch dazu heißt es in dem Leitartikel des Parteitag, jenseits aller Farbspiel-Spekulationen, ganz deutlich:

„Neue Bündnisse beginnen nicht zuerst im Parlament. Sie beginnen in der Gesellschaft, bei den Wählerinnen und Wählern.“



An der Spitze der grünen Bundestagsfraktion: Renate Künast und Fritz Kuhn

Bürgerstiftung hat's geschafft Sechs bündnisgrüne Offensiven für Berlin

50.000 Euro Gründungskapital sind zusammen Strategien für das Jahr 2006 – Kurs zielt auf Regierungsbeteiligung

Neukölln - Über 90 Gründungsmitglieder, mehr als 50.000 Euro Startkapital zusammen: Die „Bürgerstiftung Neukölln in Gründung“ hat alle Hürden genommen. Der offiziellen Eintragung als Stiftung steht nichts mehr im Weg.

Ziel der Bürgerstiftung, an der sich auch die Neuköllner Grünen mit 1000 Euro beteiligt haben: Die Förderung von Neu-

köllner Initiativen, die sich dem friedlichen Zusammenleben seiner Bürger unterschiedlicher Herkunft widmen - zum Beispiel durch die Veranstaltung von Wettbewerben und Auslobung von Preisen. In den siebenköpfigen Vorstand der Stiftung wurden nun Stiftingskordinator Klaus Anschütz, Kulturamtsleiterin Dorrothea Kolland und die grüne Bezirksverordnete Susanna Kahlefeld gewählt.

Berlin - Bis 2006 braucht Berlin ein Aufbauprogramm. Noch macht die Gastgeberin der Fußball-WM 2006 einen schlaffen und trägen Eindruck. Das wollen die Grünen ändern, schlagen deshalb ein grünes Trainingsprogramm vor: sechs grüne Offensiven für 2006 – als Vorbereitung für eine grüne, soziale Metropole.

Aktuelle Umfragen sehen Bündnis 90/ Die Grünen auf einem stabilen Niveau als drittstärkste politische Kraft. Rot-rot leidet an einem Vertrauensverlust, die CDU hat einen massiven Einbruch in der Zustimmung erlitten. Da spricht vieles dafür, dass die Bündnisgrünen an der Bildung der nächsten Berliner Landesregierung beteiligt sind. Noch in diesem Jahr wollen die Grünen ein Profil erarbeiten, mit dem die Partei programmatisch für die Abgeordnetenhauswahl 2006 gerüstet ist.

Frauen- und Geschlechterpolitik: Das Thema Gleichberechtigung von Mann

und Frau wird so nur von den Grünen aufgegriffen – aber nicht als isolierter Punkt, sondern als roter Faden, der sich durch das gesamte Programm ziehen wird. Und das gilt natürlich auch für das andere Kernthema der Grünen, für Ökologie und Umweltschutz.

Und das werden die Schwerpunkte der grünen Offensiven:

- Bei der Bildungspolitik wird es unter anderem darum gehen, dass jedes Kind einen – für die Eltern bezahlbaren – Kitaplatz bekommen kann, dass Berlins Schulen wirklich gleiche Bildungschancen bieten..

- Für die Umweltpolitik gilt: Die Grünen zeigen, wie auch die Großstadt ihren Bürgern natürliche Umweltbedingungen bieten kann, wie man Lebensbedingungen verbessert, ohne dass die Umwelt Schaden nimmt.

- Integration und Teilhabe in Berlin bedeutet: Dass Berlins Bürger so viele verschiedene Ursprünge, so viele verschiedene Lebensentwürfe haben, macht gerade

die Attraktivität der Stadt aus. Doch das bringt auch Spannungen mit. Die Grünen zeigen, wie man diese Reibungen in Energie verwandelt.

- Kultur und Medien – das sind die Entwicklungspotentiale für Berlin. Die Grünen zeigen auf, wie Kultur zum Standortvorteil werden kann.

- Berlin muss sich zur gesunden Stadt entwickeln. Und dafür gilt es, auch die Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen.

- Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeit gehören unbedingt zusammen. Großindustrie gibt es hier zwar kaum - aber Berlins hohe Wissenschaftsdichte bietet die Chance, zukunftsorientierte Forschungsergebnisse in Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen und letztlich neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Diese Chance wollen die Grünen nutzen. Zur Diskussion dieser „sechs Offensiven“ sind auch Nicht-Parteimitglieder herzlich eingeladen.

jüb

Neuköllns schöne Seiten

Schloss Britz wird 300



Mit den hier statt findenden Ausstellungen, Konzerte und Lesungen ist das Schloss Britz, das im kommenden Jahr seinen 300. Geburtstag feiert, aus dem Neuköllner wie aus dem Berliner Kulturleben nicht mehr weg zu denken. Termine im Schloss Britz stehen jedenfalls als Glanzlichter im bezirklichen Veranstaltungskalender.

Dabei war Schloss Britz nie ein „Schloss Britz“. Das ehemalige Gutshaus, dessen Fundamente bereits im 15. Jahrhundert gelegt wurden, war zunächst Stammsitz „derer von Britzke“. 1706 ersetzte ein gewisser Feldmarschall von Erlach das alte gutsherrliche Fachwerk durch Steinmauern und das war die „Geburtsstunde“ des heutigen Herrenhauses, von den Neuköllnern ebenso liebevoll wie stolz „Schloss Britz“ genannt.

Nach wechselvoller Geschichte und immer wieder notwendig geworde-

nen Renovierungsarbeiten wurde Schloss Britz 1988 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen, sowie Führungen öffnet das Schloss seine Türen für Gäste aus nah und fern. Das Obergeschoss des Hauses ist als Gästeetage hergerichtet und dient dem Bezirk Neukölln als „hochherrschaftliche“ Übernachtungsmöglichkeit für Besucher aus den Partnerstädten.

Einst wollten Bezirksverordnete dieses fürstliche Ambiente auch Brautpaaren als Trauungskulisse zugänglich machen. Diese Art „bürgerliche Revolution“ wurde aber schnell vom bezirklichen Schlossherren, dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, „niedergeschlagen“. Greti und Pleti sollten wohl nicht den Neuköllner Kulturtempel entweihen. Recht hatte er.

jüb

Berlins einziger Discount für Bio-Lebensmittel

Akazienhonig
Martin Evers
lieblich, mildes Aroma
500 g

3,99 €

BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen

Berglustr. 36 (AB-Abf. Grenzallee) · 12057 Berlin · Mo-Fr 13-19, Sa 9-14 Uhr · Fon 030 / 68 05 66 61 · www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

Brief aus Brüssel



Europa stärkt die Fahrgastrechte

Ein einklagbares Recht bei Verspätungen im Zugverkehr: Das ist Verbraucherschutz konkret im europäischen Format. Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten des Europa-Parlaments für das „3. Eisenbahnpaket“, in dem die Fahrgastrechte einen zentralen Teil ausmachen.

Der Katalog zur Stärkung der Fahrgastrechte orientiert sich am Flugverkehr, um Wettbewerbsnachteile für die Bahn zu vermeiden. Im Eisenbahn-Personenverkehr aller EU-Staaten sollen bei Verspätungen einklagbare Entschädigungen ermöglicht werden. Der von den Grünen initiierte Kompromiss sieht ab einer Stunde Verspätung eine Erstattung von 25 Prozent des Fahrpreises vor, ab zwei Stunden 50 und ab drei Stunden 75 Prozent. Dies sind Mindeststandards. Höhere Standards können von nationalen bzw. regionalen Behörden oder den Eisenbahngesellschaften eingeführt werden.

Zudem werden die Eisenbahngesellschaften verpflichtet, umfassende Informationen und den Kauf europaweiter Tickets zu garantieren. Der Zugang für mobilitätsbehinderte Fahrgäste ist sicher zu stellen.

Die Öffnung der nationalen Eisenbahnnetze soll schrittweise stattfinden. Freie Fahrt durch Europa, von Lissabon nach Tallinn, von London nach Athen, gibt es nämlich bisher nur auf der Straße und in der Luft. Das Eisenbahnnetz hingegen gleicht bisher einem Teppich aus 25 Flickern. So bleibt die Bahn auf der Strecke! Ab 2008 gilt die Öffnung der nationalen Bahnnetze für den grenzüberschreitenden, ab 2012 für den nationalen Personenfernverkehr. Mit dem europäischen Lok-Führerschein wird dann auch der Fahrerwechsel an der Grenze zwischen den Mitgliedsstaaten überflüssig.

Die Zustimmung zur schrittweisen Öffnung der nationalen Eisenbahnnetze auch im Personenfernverkehr waren für uns mit klaren Bedingungen verbunden, die wir auch im Bericht durchsetzen konnten:

Es darf kein Sozialdumping geben und die ökologischen Belange müssen beachtet werden. Diese Aspekte wurden vom EP bereits hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Dienstleistungen für den Personenverkehr auf Schiene, Straße, Binnenschiffahrtswege gefordert. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass die Kommission nach mehreren Jahren endlich einen neuen Vorschlag für die „Öffentlichen Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße“ gemacht und dem Parlament zugeleitet hat.

Es darf auch keinen ruinösen Wettbewerb geben. Deshalb kann auf eine Ausschreibung verzichtet werden, wenn nationale Eisenbahngesellschaften existentiell bedroht sind. Die Infrastruktur jedenfalls muss weiter in öffentlicher Hand bleiben!

Ein historisches Datum für Europa und die Türkei

Grüne: Vereinbarkeit von Demokratie und Islam ist zentrale Herausforderung

Brüssel/Berlin/Ankara – Claudia Roth, Vorsitzende der Bündnisgrünen, hat den Beginn der EU-Beitrittverhandlungen mit der Türkei als „historisches Datum für Europa und für die Türkei“ begrüßt. Roth forderte, nun müssten „glaubwürdige Verhandlungen“ um die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union starten, und zwar „ohne doppelte Standards“ und „ohne Geschachere“.

Scharf kritisierte die Grünen-Vorsitzende die im Vorfeld aufgetretenen Verzögerungen der Verhandlungen. „Davon werden Verwundungen bleiben, Zweifel und Skepsis“, so Roth. Die Glaubwürdigkeit und Zukunft Europas habe „auf Messers Schneide“ gestanden. Die Verzögerungen hätten den Eindruck erweckt, man

wolle die Türkei nicht in der EU. Dabei habe die Türkei alle Bedingungen erfüllt, um in die Verhandlungsphase einzusteigen.

Roth kritisierte neben dem Blockade-Verhalten Österreichs auch das der Union: „Die CDU/CSU ist weit von einer verantwortlichen Europapolitik entfernt“. Die Grünen-Vorsitzende meinte, dass mit dem Beginn der Verhandlungen, die Dynamik innerhalb der Türkei in Richtung Demokratie und Menschenrechte stabilisiert werde.

Auch die österreichischen Grünen hatten die erst in letzter Minute aufgegebene Blockade-Haltung ihrer Regierung heftig kritisiert. Mit ihrer Anti-Türkei-Politik, so die österreichischen Grünen, sei es der ÖVP-Regierung (die ÖVP ist die Schwesternpartei der CDU/CSU) vor allem

darum gegangen, bei den Landtagswahlen in der Steiermark auf rechten Stimmenfang zu gehen. Genutzt hat das den Konservativen allerdings nichts: Die ÖVP musste bei den Landtagswahlen erhebliche Verluste hinnehmen.

Für die europäischen Grünen ist die EU ein politisches Projekt für Frieden und Wohlstand auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Nach Auffassung der Europäischen Grünen Partei kann die Integration der Türkei diese Idee nachhaltig unterstützen und zur Stabilität in den Nachbarregionen der EU erheblich beitragen. Die Vereinbarung von Islam und Demokratie gehöre zu den Herausforderungen der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, denen man sich stellen müsse.



Grünen-Vorsitzende Claudia Roth begrüßt die Verhandlungsaufnahme

Energie-Gesetz wird zum Exportschlager

Das Europaparlament übernimmt Zielvorgaben grüner Initiativen

Brüssel/Berlin - Bis 2020 sollen Erneuerbare Energien 25 Prozent des europäischen Energieverbrauchs decken; so der Beschluss des Europäischen Parlaments (EP). Damit übernimmt das EP die Ausbauziele der Grünen Bundestagsfraktion sogar für ganz Europa. Zudem spricht es sich für weit reichende Energie-sparziele aus.

Damit zeige das Europäische Parlament auch, dass die Erölverknappung und der beschleunigte Klimawandel in der Europäischen Politik wahrgenommen werden, meinte dazu Hans-Joachim Fell, in der bündnisgrünen Bundestagsfraktion der Sprecher für Forschung und Technologie. Der Beschluss des Europaparlaments, so Fell, sei sicher ein großer Erfolg für die Kräfte, die unsere Zukunft sichern wollen. Allerdings stellt sich die Frage, ob angesichts der Größe der Probleme nicht noch ambitionierte Ziele gesetzt werden sollten. Die neuesten wissenschaftlichen Klimaberechnungen lassen ebenso Schlimmstes befürchten wie der absehbare Rückgang bei der Rohölförderung. Die Umweltkatastrophen werden ebenso weiter zunehmen wie die

Ölpreise nochmals deutlich ansteigen. Davor dürfe man aber nicht resignieren, sondern müsse die Anstrengungen zum Ausbau der alternativen Energien verdreifachen.

Während von einer großen Koalition aus SPD und Unionsparteien auf diesem Gebiet allerdings bestenfalls Stagnation zu erwarten sei, ginge der Siegeszug des von den Bündnisgrünen initiierten und von rot-grün durchgesetzten Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) weiter. Erst vor wenigen Wochen hat Italien für die Photovoltaik ein Gesetz mit Einspeisevergütung nach deutschem Vorbild beschlossen.

Mit einer Vergütung von etwa 44 Cent pro kWh und einer Vergütungsdauer von 20 Jahren gibt es nun auch im sonnenreichen Italien beste Investitionsbedingungen.

Damit folgt Italien dem ebenfalls sonnenreichen Spanien, wo auch vor kurzem in einer Gesetzesänderung die Einspeisebedingungen für Photovoltaik verbessert wurden.

Auf einer Energie-Konferenz der Mittelmeerländer interessierten sich jetzt ebenfalls viele Regierungsvertreter, aber auch Firmen von Syrien über Jordanien, Israel oder Marokko für das erfolgreiche deutsche Erneuerbare Energien Gesetz.



Solaranlagen – die sauberen und preiswerten Kraftwerke der Zukunft. Heute schon erzeugen die Solar-Kraftwerke in der kalifornischen Mojave-Wüste (Foto) den günstigsten Solarstrom weltweit.

Schönheitsmittel aus Hingerichteten?

Gesellschaft für bedrohte Völker erhebt schwere Vorwürfe gegen China

Göttingen - Europas Kosmetikhersteller müssen alles daran setzen, den Handel mit Körperteilen Hingerichteter aus China zu unterbinden. Diese Forderung hat die Gesellschaft für bedrohte Völker anlässlich des Internationalen Tages gegen die Todesstrafe am 10. Oktober erhoben.

Nachdem chinesische Zulieferer beschuldigt wurden, Körperteile von Hingerichteten zu exportieren, müsse Europas Kosmetikbranche nun handeln und von ihren chinesischen Lieferanten die Garantie verlangen, keine Körperteile von zum Tode Verurteilten zu verwenden, sagte der GfBV-Asienreferent Ulrich Delius in Göttingen. Die angesehene britische Tageszeitung „Guardian“ hatte einer chinesischen Kosmetikfirma aus der Provinz Heilongjiang vorgeworfen, die europäische Kosmetikproduktion mit Hauptartikeln Hingerichteter zu beliefern.

Bei den Hautstücken handelt es sich einem Bericht des „Guardian“ zufolge um Collagen, einer der wichtigsten Eiweißstoffe im Körper des Menschen. Die Einfuhr von Collagen spiele sich in einer Grauzone ab, da die Europäische Union noch keine Verordnungen zum Import dieser Stoffe erlassen habe. Es gebe angesichts des Booms in der Schönheitschirurgie und –industrie große Nachfrage nach dem Stoff. Menschenrechtler werfen den chinesischen Behörden seit Jahren vor, systematisch Handel mit Organen Hingerichteter zu betreiben. Mit Fotos und Filmmaterial dokumentierten Menschenrechtsorganisationen, wie zum Tode Verurteilte unmittelbar nach ihrer Erschießung in Krankenhäuser transportiert wurden, in denen ihre Leber, Niere oder ihr Herz transplantiert wurde. Für die chinesischen Behörden sei es ein lukrativer Handel, da viele kranke Japaner, Thailänder und

Philippiner zur Transplantation nach China reisten, berichteten aus China geflohene Ärzte. Während der Handel mit Organen Hingerichteter aus China vom Deutschen Bundestag bereits verurteilt wurde, sei der Export von Hautpartikeln ein neues Phänomen, auf das weder die Behörden, noch die europäische Industrie angemessen reagiert hätten.

Obwohl China immer wieder behauptet, in Zukunft weniger Menschen zum Tode zu verurteilen, werden in keinem Land der Welt so viele Menschen hingerichtet wie in der Volksrepublik. Chinesische Menschenrechtler gehen davon aus, dass jedes Jahr in China bis zu 15.000 Menschen hingerichtet werden.

Der 10. Oktober wurde von der „World Coalition against Death Penalty“ 2002 zum Internationalen Tag gegen die Todesstrafe erklärt.

amnesty: Massenabschiebungen sind Verstoß gegen Flüchtlingsrechte

London - amnesty international kritisiert Spaniens Vorgehen bei der Massenabschiebung afrikanischer Flüchtlinge aus Ceuta und Melilla. Das widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention: Kein Mensch darf abgeschoben werden, ohne dass sein Schutzgesuch überprüft wurde.

In Marokko, wohin die Flüchtlinge abgeschoben wurden, ist die Menschenrechtslage prekär. amnesty international hat wiederholt Fälle dokumentiert, in denen aus Spanien abgeschobene Personen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren. Ausländer wurden willkürlich inhaftiert und in Haft gefoltert. Darüber hinaus hält sich Marokko eben-

so wenig wie die anderen nordafrikanischen Staaten an die Standards der Genfer Flüchtlingskonvention. Einem Flüchtling droht daher die direkte Weiter-Abschiebung in seinen Heimatstaat, in dem er mit großer Wahrscheinlichkeit Verfolgung und unter Umständen auch Misshandlungen und Folter ausgesetzt ist.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Gabriela Gebhardt, Tel.: 6037754;
Rainer Penk, Tel.: 6213473
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin
Internet: http://www.gruene-berlin.de/neukoelln, E-Mail:
neukoelln@gruene-berlin.de
Bezirksgruppe
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)
Kontakttelefone
Ausländerpolitik/Immigration:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Bau und Verkehr: Jürgen Biele, 663 56 40
Frauen: Carola Scheibe-Köster, 68 0927 73
Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Kultur: Sabine Kaledemorgen, 6922498
Natur- und Grünflächen:
Doris Schönduwe, 663 56 40
Neuköllner Stachel und Homepage der Bezirksgruppe:
Detlef Fritz, 0172-3904826
Soziales: Gabi Vonnekold, 6116635
Umweltschutz:
Jürgen Biele, 663 56 40
Wirtschaft: Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln
Verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes: Jürgen Biele (jüb), Detlef Fritz (df), Sabine Kaledemorgen (ska)
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gabriela Gebhardt, Tatjana Thiel

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin
Anzeigenleitung:
Gabriela Gebhardt, 603 7754
E-Mail: gabi.gebhardt@snafu.de
Druck: Henke Pressedruck GmbH
Satz: Andreas Wernicke

Grüne Randnotizen aus der Berzirksverordnetenversammlung

Ein Haushalt voller großer Bedenken

Eine ungeliebte Pflichterfüllung für die BVV Neukölln: Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2006/2007. Das taten die Bezirksverordneten nämlich nur mit großen Bedenken. Denn die Gelder, die der Senat dem Bezirk zugebilligt hat, können angesichts der tatsächlichen Probleme nur als völlig unzureichend bezeichnet werden. Dabei würdigte die BVV aber ausdrücklich die Bemühungen des Bezirksamtes, trotz katastrophaler Finanzsituation des Landes Berlin, eine sparsame und dennoch bürgerfreundliche Haushaltsführung zu gestalten. Im einzelnen heißt das für den Neuköllner Haushalt:

Die Personalausgaben werden – auf Weisung des Finanzsenators - gegenüber den Ausgaben des Jahres 2004 um 10 Prozent gekürzt. Das bedeutet harte Einschnitte gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksamtes. So musste die BVV beispielsweise die Privatisierung des Friedhofsamtes, des Pfortnerdienstes und anderer bezirklicher Dienstleistungen beschließen.

Dennoch konnte die BVV auf Empfehlung ihres Hauptausschusses durch Mittelumschichtung besondere Härten vermeiden: 400.000 Euro sollen helfen, die Warteliste bei der Musikschule – derzeit warten rund 700 zumeist Jugendliche und Kinder auf einen Platz – zu verkürzen; 250.000 Euro sollen zur Insolvenzberatung für Erwachsene und Jugendliche bereit gestellt werden. Die Unterhaltung der für den Bezirk so wichtigen Grünanlagen war den Bezirksverordneten der Zählgemeinschaft aus SPD, Grüne und Linkspartei eine finanzielle Verstärkung um 1,2 Millionen Euro wert (vorher 835.000 Euro!).

Dafür muss an anderer Stelle umso „kürzer getreten werden“. So sollen Personalmittel in der Abteilung Bauwesen um 1,2 Millionen Euro reduziert werden, was bei stark verringerter öffentlicher Bautätigkeit hoffentlich zu leisten sein wird. Mit 30 Prozent Anteil sollen hier auch die „oberen Verdienstklassen“ beteiligt werden. 400.000 Euro werden aus einer Rückstellung für Altersteilzeit gespeist, weitere 250.000 Euro resultieren aus einem verminderten Ansatz von erwarteten pauschalen Mehrausgaben für Personal.

In einer von der Mehrheit der BVV verabschiedeten Präambel zum

Bezirkshaushalt wird erklärt: „Die Gleichheit der Lebensbedingungen in allen Berliner Bezirken ist nach wie vor nicht erreicht... Insbesondere die Bezirke mit einem hohen Migrantenanteil... schultern die schwere Last der Integration und der Bewahrung des sozialen Friedens für die gesamte Stadt.

Der verabschiedete Haushalt trägt dem nicht Rechnung!

Autobahn und Lebensqualität

Eine Große Anfrage der CDU wollte vom Bezirksamt wissen, wie sehr der neue Autobahnabschnitt nach Adlershof den Autoverkehr in Neukölln entlastet hat und wann der Weiterbau der Stadtautobahn in Richtung Friedrichshain-Kreuzberg erfolgt. Gern beantwortete die Neuköllner Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) diese (Jubiläum-)Anfrage ihrer Parteifreunde. Der Verkehr im Verlauf der Bundesstraße 179 sei spürbar zurück-



gegangen. Zahlen lägen allerdings noch nicht vor. Das Bezirksamt beabsichtigt, für den Neuköllner Süden ein Verkehrskonzept zu erarbeiten. Ziel: „Den Durchgangs- und LKW-Verkehr in den Rudower Wohngebieten gänzlich zu unterbinden, um dort Verkehrssicherheit und Lebensqualität zu erhöhen.“ Also hat der Autobahnbau Lebensqualität und Sicherheit in den Rudower Wohngebieten erstmal beeinträchtigt?! Oder was? Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Neuköllner BVV weiß es scheinbar besser: „Die betroffenen Rudower Bezirksverordneten sind sehr dankbar für die Autobahn und werden immer Freunde dieses Verkehrsweges sein!“ Es folgte beifälliges Kopfnicken in der CDU- und FDP-Fraktion. Gegen diese „übergroße“ Koalition kam der grüne Bezirksverordnete Jürgen Biele, selbst aus Rudow, nicht an, als er dem Neuköllner Autobahnbau nunmehr ein „qualifiziertes Ende“ wünschte und den geplanten Weiterbau der Stadtautobahn einen

„wirklich schlimmen Akt von Stadtzerstörung“ nannte... Von wegen Lebensqualität!

Frauenviertel wird bald amtlich

Vor fünf Jahren hatte die BVV Neukölln beschlossen, das Neubauviertel im südlichen Rudow auch offiziell als „Frauenviertel“ zu benennen. Schließlich tragen alle Straßen dort die Namen berühmter Frauen. Warum dieser Beschluss noch nicht umgesetzt wurde, wollte Jürgen Koglin, SPD-Fraktionschef, vom Bezirksamt wissen. Stadträtin Vogelsang (CDU), sonst nie um Antworten verlegen, wartete mit einer Premiere auf: Sie weiß es nicht! Jedoch versprach sie „hoch und heilig“, die Benennung nunmehr zügig ins Berliner Amtsblatt zu geben.

Streetworker gegen Schulhof-CD der NPD

Die Linke.PDS-Fraktionsvorsitzende Dr. Sylvia Stelz fragte das Bezirksamt, ob es ihm bekannt sei, dass „die NPD ihre „Schulhof-CD“ auch vor Neuköllner Schulen verteilt hat und was das Bezirksamt unternommen hat, Schule sowie Schülerinnen und Schüler gegen rechtsextremes Gedankengut „stark zu machen“. Schulstadtrat Wolfgang Schimming war von der „Schulhof-CD“ an Neuköllner Schulen nichts bekannt. Dr. Stelz klärte ihn auf: Am Hannah-Ahrend-Gymnasium in Rudow sei sehr wohl dieses „Machwerk“ verteilt worden... Schimming zur Reaktion des Bezirksamtes: In Rudow werden zwei Streetworker eingesetzt.

Fußball-WM bestimmt auch in Neukölln

Nicht nur die BVV Neukölln wird ihren Sitzungsplan für das Jahr 2006 den Terminen der Fußball-Weltmeisterschaft „unterordnen“, nein, auch die CDU in schöner Eintracht mit FDP und SPD fordert das Bezirksamt auf, „sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass während der Fußball-WM 2006 dem Handel im Bezirk Neukölln ermöglicht wird, für Touristen und Besucher (??) dieses weltweit beachteten Ereignisses mit verlängerten Öffnungszeiten zu reagieren.“ Ob auch die „Aussengastronomie“ mit verlängerten Öffnungszeiten reagieren darf, - so eine weitere CDU-Forderung -, wird der „Wirtschafts“-Ausschuss der Neuköllner BVV beraten...

Die Zeit ist reif: Flughafen Tempelhof schließen

Erfolg für Bürgerinitiative: Motorentests nicht mehr bei Wohngebieten

Neukölln/Tempelhof - Der Senat muss jetzt sofort das Tempelhofer Flughafen-Gelände planungsrechtlich „entwidmen“. Das forderte die bündnisgrüne Abgeordnete Claudia Hämmerling. Ohne diese „Entwidmung“ nämlich gebe es keine Möglichkeit, die bereits beantragte Verlängerung des Flugbetriebs in Tempelhof zu stoppen.

Einen kleinen Erfolg konnte unterdessen die Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof verzeichnen. Die Fluglärmkommission folgte einer Forderung der BIFT, beschloss: Die vor jedem Start vorgeschriebenen Motorentest von Propellerflugzeugen werden künftig in die Mitte des Flugfeldes - auf den Zubringer oder die Startbahn - verlagert.

Bislang hatten die Piloten den Motor-Check-Up meist am Ostrand des Flughafens unmittelbar neben der

dichtbewohnten Neuköllner Oderstraße vorgenommen.

Die Deutsche Flugsicherung ist nun

für die Umsetzung dieses Kommissionsbeschlusses zuständig.



Zumindest vom Lärm der Motorentests, die bisher am Ostrand stattfanden, bleiben die Anwohner bald verschont.



Junge Gäste: Eröffnung des ersten Quartiersmanagements im Süden des Bezirkes.

Quartiersmanagement erreicht nun auch den Süden Neuköllns

Senat und Bezirk für integriertes Stadtteilkonzept

Neukölln – Eine zentrale Forderung der Neuköllner Grünen: Ausweitung der Quartiersmanagements-Gebiete. Damit sollen unter aktiver Beteiligung der Bewohner so genannter Problem-Kieze der Verschlechterung des Sozialgefüges gegengesteuert, die Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden. Und: Um zu verhindern, dass gefährdete Stadtteile sich zu weiteren neuen Problemgebieten entwickeln, solle auch dort vorbeugendes Quartiersmanagement betrieben werden.

Neukölln – Eine zentrale Forderungen der Neuköllner Grünen: Ausweitung der Quartiersmanagements-Gebiete. Damit sollen unter aktiver Beteiligung der Bewohner so genannter Problem-Kieze der Verschlechterung des Sozialgefüges gegengesteuert, die Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden. Und: Um zu verhindern, dass gefährdete Stadtteile sich zu weiteren neuen Problemgebieten entwickeln, solle auch dort vorbeugendes Quartiersmanagement betrieben werden.

Diese Forderung wurde von der politischen Führung des Bezirksamtes Neukölln übernommen – und die Senatsverwaltung für Stadtentwick-

lung hat darauf nun reagiert. Für Neukölln wurden so fünf neue Quartiersmanagement-Gebiete „definiert“: Richardplatz-Süd, Körnerpark, Weiße Siedlung, Flughafenstraße und Gropiusstadt/Lipschitzallee.

Für das QM-Gebiet Lipschitzallee war Anfang Oktober „Auftakt“. Bei der Eröffnung des Stadtteilbüros in der Gropiusstadt wurde während einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Lipschitzplatz der entsprechende Kooperationsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Hilfswerksiedlung GmbH (sie besitzt über 1500 Wohnungen im neuen QM-Gebiet) zur Unterstützung des Quartiersmanagements unterzeichnet.

Bei der Gelegenheit erfuhren die Anwohnerinnen und Anwohner „vor Ort“, was die QM-Manager mit ihnen künftig vorhaben: Das Quartiersmanagement möchte sich erst einmal den Bürgern bekannt machen, deren Probleme und Ideen kennen lernen und erste eigene Vorstellungen und Lösungsvorschläge vorstellen, stellte Martin Vöck und sein QM-Team ihre Arbeit vor. Und so kam man ins Gespräch, knüpfte vorsichtig neue Kontakte und wartet nun gespannt auf Erfolge. Denn: QM-Management heißt vor allem auch: Mitmachen! Übrigens, das neue QM-Vor-Ort-Büro ist in der Lipschitzallee 36. Jüb

Zukunftsfähige Gemeinde: Dahin bleibt's ein weiter Weg

Neukölln landete nur auf den hinteren Plätzen

Neukölln – Besser, als der schlechte Ruf manche befürchten ließ, aber schlechter, als es eigentlich sein sollte: So stellen sich die Neuköllner Ergebnisse beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ dar. Der war von der Deutschen Umwelthilfe ausgeschrieben worden, und auf Antrag der bündnisgrünen BVV-Fraktion nahm auch der Bezirk teil. In der Kategorie „Städte über 100.000 Einwohner“ rangen elf Städte um die vorderen Plätze. Neuköllns Konkurrenten: Augsburg, Bonn, Dresden, Erfurt, Freiburg, Gera, Göttingen, Hildesheim, Oldenburg und Rostock.

Das ist nach der Definition der Deutschen Umwelthilfe eine „zukunftsfähige Gemeinde“: „Zukunftsfähige Kommune sind Orte, in denen Menschen sich sicher sowie wohl fühlen und dort gerne leben.“ Es sind also Orte, in denen sich Kinder, Jugendliche und Frauen sicher bewegen können, in denen Flächen zur Erholung und zur Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen, Kulturangebote vorhanden sind. Im Wettbewerbs-Punkt „Wohlbefinden“ sicherte sich Neukölln immerhin drei erste Plätze: Erschließung mit Bus und Bahn sowie Ausstattung mit Fahrradwegen wurden positiv gewertet. Ob allerdings Platz Eins in Sachen PKW-Dichte ein Grund zum Jubeln ist, muss aber kritisch hinterfragt werden.

In Sachen „Soziale Gerechtigkeit“ nimmt Neukölln dagegen eher hintere Ränge ein: Zu loben ist zwar ein Platz Zwei beim Engagement für Behinderte

und Platz Drei für die Bildungschancen für Migranten, doch beim Engagement für Kinder und Jugendliche ist Neukölln ebenso Schlusslicht wie bei der Anzahl von Empfängern für Hilfe zum Lebensunterhalt. Fünfte Plätze für Kinderbetreuung und Geschlechtergerechtigkeit zeigten weitere Defizite.

Die „wirtschaftliche Effizienz“ des Bezirks wird fest gemacht an der Zahl von Arbeitslosen und Existenzgründungen: Hier nimmt Neukölln Platz 11 von elf Bewerbern ein! Da stimmt auch der erste Platz bei der Flächeneffizienz nicht sonderlich froh.

Besonders bei der „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“ wird für Neukölln ein eher düsteres Bild gezeichnet: Platz 11 bei geschützter Natur und niedriger Energieeinsatz (!), Platz 10 bei Abfall, umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung und Bäume auf der Siedlungsfläche.

Hier hat Neukölln das Ziel, „zukunftsfähige Kommune“ zu werden, klar verfehlt.

Da nutzt es wenig, wenn das Bezirksamt auf Vorschlag der Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) behauptet: „Die Vermittlung von Fachkompetenz und Motivation bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Umweltentlastung ist im Bezirksamt Neukölln in ausreichendem Maße gegeben...“ Die letzten Plätze im Städtevergleich zeigen deutlich, dass Neukölln auch hier noch einen weiten Weg zur „zukunftsfähigen Kommune“ zurück zu legen hat.

Wahl-Nachlese

18.421 mal sagten die Wähler in Neukölln: JA! zu grüner Politik

Mit 13,1 % der Zweitstimmen bleiben die Bündnisgrünen im Bezirk stabil – Gewinne bei den Stimmen für Sibyll Klotz

Neukölln – Gegen alle Prognosen, die zwei Tage vor der Bundestagswahl am 18. September schwarz-gelb schon klar vorne sahen, die Grünen nur noch bei sechs Prozent veranschlagten: Mit bundesweit 8,1 Prozent haben die Bündnisgrünen ihr Rekordergebnis von 2002 mit leichten Abschlägen erfolgreich verteidigt, den schwarz-gelben Wechsel platzen lassen!

Und daran hatten die Neuköllner Grünen ihren gewichtigen Anteil! Mit 18.421 Zweitstimmen kamen die Bündnisgrünen im Bezirk auf ein Ergebnis von 13,1 %. Bemerkenswert: Obwohl sich in Neukölln die Linkspartei.PDS von 3,1 auf 8,6 Prozent verbesserte, hier ihren höchsten Zugewinn in allen Westbezirken verzeichnete, lagen die grünen Abschläge mit 0,5 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. In Berlin hatten die Grünen insgesamt diesmal 13,7 Prozent erzielt, 0,9 Prozent weniger als vor drei Jahren. In den Westbezirken lag das durchschnittliche Minus dabei sogar bei 1,6 Prozent. Da hat Neukölln, aus grüner Sicht ein

traditionell eher schwacher Bezirk, gegenüber dem Landesverband weiter aufgeholt.

Das gilt auch für die in Neukölln abgegebenen grünen Erststimmen für Sibyll Klotz. Die kam mit 13.386 Stimmen auf 9,5 Prozent - ein Zuwachs von 0,2 Prozent gegenüber dem grünen Erststimmenergebnis 2002. Nur Christian Ströbele, der sich in Kreuzberg-Friedrichshain von 31,6 auf nun 43,3 Prozent verbesserte, sein Direktmandat erfolgreich verteidigte, und die Bündnisgrüne Verbraucherministerin Renate Künast, die in Tempelhof-Schöneberg ein Prozent hinzu gewann, schnitten in den Westbezirken besser ab. So grün wählte Neukölln im einzelnen:

Im nördlichen Wahlkreis I gaben 5.579 Menschen den Grünen ihre Zweitstimme. Das entspricht einem Ergebnis von 24 Prozent, ein kleiner Verlust von 0,6 gegenüber 2002. Aber insgesamt hielten die Grünen in ihrer Neuköllner Hochburg hinter der SPD, die es auf 34,8 Prozent brachte, ihren zweiten Platz, wurden sie in den drei Stimmbezirken 101, 102 und 103 mit Ergebnis-

sen von 38,9 Prozent, 37,8 Prozent und 34,7 Prozent sogar zur stärksten Kraft. Und: Bei den Erststimmen gewannen die Grünen im Wahlkreis I 2,2 Prozent hinzu, kommen nun mit 4406 Erststimmen auf 19 Prozent - nach 4054 Erststimmen mit 16,6 Prozent.

Auch im Wahlkreis II verteidigten die Grünen mit 4259 Zweitstimmen oder 20,7 Prozent trotz eines Verlustes von zwei Prozent ihren zweiten Platz - hinter der SPD mit 37,1 Prozent. Bestes grünes Resultat im Wahlkreis brachte der Stimmbezirk 201: Da wurden die Bündnisgrünen mit 37,1 Prozent zur stärksten Partei. Im ganzen Wahlkreis II gab es ein Plus von 1,2 Prozent bei den Erststimmen. Da ging es von 14,9 auf 16,1 Prozent nach oben. Absolut: Von 3139 Erststimmen auf jetzt 3307. Im Wahlkreis III haben die Grünen ihr Rekordergebnis von 2002 exakt gehalten. Wie schon vor drei Jahren stimmten genau 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit der Zweitstimme für Grün - 2002 waren das 2.175 Menschen, diesmal wegen der geringeren Wahlbeteiligung 2.059. Das beste grüne Einzelergebnis kam im Stimm-

bezirk 327 mit 17,8 Prozent zustande. Einen leichten Rückgang um 0,1 Prozent gab es im Wahlkreis III bei den Erststimmen - von 7,1 Prozent (1.542) auf jetzt 7,0 (1.423).

Im südlichen Wahlkreis IV stimmten 2258 Menschen für die Grünen, ein Ergebnis von 8,9 Prozent. Nachdem 2002 2.508 Bürgerinnen und Bürger hier ihre Zweitstimme den Grünen gegeben hatten, die Partei damals 9,6 Prozent erzielte, entspricht dies einem Verlust von 0,7 Prozent. Der Stimmbezirk mit dem höchsten grünen Anteil: Stimmbezirk 430 mit 16,1 Prozent. An Erststimmen erzielten die Grünen im Wahlkreis 1.570, ein Anteil von 6,2 Prozent. 2002 waren das 1.734 Erststimmen bzw. 6,7 Prozent

Im Wahlkreis V kamen die Grünen auf 1.801 Zweitstimmen - ein Anteil von 7,6 Prozent. 2002 hatten 1924 Zweitstimmen hier 7,8 Prozent gebracht - ein leichtes Minus von 0,2 Prozent. Mit 14 Prozent brachten es die Grünen im Stimmbezirk 521 auf ihr bestes Wahlkreis-Ergebnis. Bei den Erststimmen gab es im gesamten Wahlkreis ein Minus von 0,3 Prozent - von 5 Prozent

(1.233) auf 4,7 Prozent (1.103 abgegebene Erststimmen).

Im Wahlkreis VI haben die Grünen ihre Werte von 2002 ebenfalls erfolgreich verteidigt. Wie vor drei Jahren kamen sie auf 9 Prozent der Zweitstimmen - wegen der geringeren Wahlbeteiligung nun 2.465 nach 2.527 abgegebenen Stimmen. Mit 12,5 Prozent erzielten die Grünen dabei im Stimmbezirk 628 ihren Wahlkreis-Spitzenwert. Allerdings verloren die Grünen im gesamten Wahlkreis 0,6 Prozent der Erststimmen, kamen nun mit 1.577 Erststimmen auf einen Anteil von 5,8 Prozent nach 6,4 Prozent mit 1.793 Stimmen.

Über das Berliner Gesamtergebnis hatte der Landesvorstand der Grünen festgestellt: „Mit dem Berliner Ergebnis im Rücken gehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark und gut motiviert in den Abgeordnetenhauswahlkampf für 2006. Wir sehen unsere Ausgangsposition deutlich verbessert.“ Das gilt insbesondere für das Neuköllner Resultat. Wer mehr über die künftige Bundestagsabgeordnete erfahren möchte: Auf www.kandidatenwatch.de gibt es im Internet weitere Informationen.

Gleiche Tarife für Frau und Mann – da blockiert die CDU
Aus der Pleite der Bankgesellschaft müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden
Künast: Verbraucherschutz bleibt notwendig
Große Koalitionen lösen keine großen Probleme - sie schaffen sie erst

Neukölln – Wenigstens bei der Roster-Rente sei es gelungen, Unisex-Tarife – also gleiche Tarifbedingungen für Männer und Frauen – zu vereinbaren. Gleiche Tarife für Frauen und Männer bei allen Versicherungen zu verankern scheiterte bisher aber an der Blockadepolitik der CDU und der Lobbyverbände. Das meinte Renate Künast, die ehemalige Bundesverbraucherministerin und jetzige Vorsitzende der Bündnisgrünen Bundestagsfraktion, auf einer Wahlkampfveranstaltung unter dem Motto „Ohne Weiber geht die Chose nicht! – Vom Verbraucherinnenschutz bis Hartz IV“, zu der die Neuköllner Grünen ins Café Götterspeise geladen hatten.

Positive Bilanz zog Renate Künast zu den Themen Verbraucherschutz und Ernährung. In den letzten vier Jahren wurde mit BSE aufgeräumt, Präventionsmaßnahmen wurden umgesetzt. Generell, so Renate Künast, müsse der Staat beim Verbraucherschutz dafür Sorge tragen, dass Versicherungsnehmer nicht über den Tisch gezogen werden. Transparenz und Qualifikation, sowie eine obligatorische Haftpflichtversicherung für den Versicherungsvermittler seien Voraussetzungen für ein funktionierendes System. Im Bereich Gesundheit müsse der Fokus zunehmend auch auf Frauen und Kinder gesetzt werden. Pharmakonzerne und Ärzte sollten wissenschaftliche Untersuchungen speziell auf Frauen und Kinder unter sechs Jahren abstim-

men, da spezifische Probleme in dieser Bevölkerungsgruppe bisher unbeachtet blieben. Künast wies darauf hin, dass z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen die Todesursache Nr. 1 sind, u.a. deshalb, weil Herzinfarkte bei Frauen in der Regel nicht erkannt werden, weil sie andere Symptome haben als Männer. Hier forderte Künast geschlechtsspezifische Forschung.

Auch beim Thema Ernährung hätten Frauen spezifisches Interesse. Es ist nicht nur das Interesse an der eigenen Ernährung, sondern vielmehr das Interesse der Ernährung der Kinder mit rückstandsfreien Lebensmitteln. Deshalb sei eine Kennzeichnungspflicht für genetisch modifizierte Lebensmittel unverzichtbar! Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern so Renate Künast, werde auch künftig kein Luxus, sondern dringend notwendig sein.



Renate Künast auf der Veranstaltung der Neuköllner Grünen

Neukölln – Konsequente Offenlegung sämtlicher Einnahmen sowie Eindämmung der Ämterhäufung von Abgeordneten und Mandatsträgern bieten den besten Schutz gegen die Verquickung von politischem Handeln und eigenen wirtschaftlichen Interessen. Das erklärte die Bündnisgrüne Direktkandidatin Sibyll Klotz auf einer Neuköllner Wahlkampfveranstaltung zum Thema „Bankenskandal und Korruption – wir ziehen daraus die Konsequenzen“. Als positives Beispiel verwies Sibyll Klotz in diesem Zusammenhang auf die Bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Anna Lührmann, die schon jetzt ihre komplette Steuererklärung im Internet veröffentlicht.

Der Berliner Filz, in dem die Bankgesellschaft entstanden war, konnte nur funktionieren, weil in ihm Vertreter beider großer Volksparteien fest verankert waren, meinte Sibyll Klotz.

Nur die Grünen warnten vor dem Desaster Erschreckend, so Klotz weiter, sei dabei, dass weder Ditmar Staffelt von der SPD noch Eberhard Diepgen von der CDU als Strategen der großen Koalition in Berlin ihre politische Verantwortung für die Pleite der Bankgesellschaft annehmen wollen. Einzig die Grünen hätten von Anfang an vor dem sich abzeichnenden Desaster – Privatisierung der Gewinne, Vergesellschaftung der Verluste – gewarnt.

Große Koalitionen, so Klotz als Fazit, lösen keine großen Probleme, sondern



Bündnisgrüne Veranstaltung zu Bankenskandal und Korruption in der Seniorentagesstätte Böhmisches Dorf. Auf dem Podium (v.l.): Wolfgang Wieland, die Bündnisgrüne Abgeordnete Barbara Oesterheld, Mitglied des Banken-Untersuchungsausschusses, Sibyll Klotz und Björn Rohde-Liebenau

schaffen große Probleme, weil sie ihre jeweiligen Lobbys mit in die politische Arbeit einbringen. Geldbußen für die Täter: Die bezahlt der Steuerzahler. Da auch die SPD zu intensiv in den Bankenskandal verstrickt war, hätten tatsächlich nur die Grünen in der Phase des rot-grünen Übergangssenates die die strafrechtliche und politische Aufklärung der Pleite der Bankgesellschaft vorantreiben können, führte Berlins ehemaliger Justizsenator Wolfgang Wieland aus. Noch unmittelbar vor Bildung des Übergangssenats und Amtseinführung von Wieland als Justizsenator waren unter der Verantwortung von Eberhard Diepgen die ersten eingeleiteten Straf-

verfahren gegen einzelne Banker gegen Verhängung von Geldbußen eingestellt worden. Diese Geldbußen waren zudem auch noch mit Billigung des Aufsichtsrates nicht von den betroffenen Bank-Verantwortlichen, sondern der Bankgesellschaft selbst – und damit vom Land Berlin – gezahlt worden. Bis heute, so Wieland, sei noch kein Verantwortlicher der Bankgesellschaft tatsächlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden.

Aufklärung unter Rot-Rot? Fehlanzeige! Dass es auch unter dem SPD-PDS-Senat mit der Aufklärung der Bankenpleite und der Bekämpfung der Korruption nicht wirklich voranging, unterstrich schließlich Rechtsanwalt Björn Rohde-Liebenau, ehemaliger geschäftsführender Vorsitzender von Transparency International. Auf eine Anfrage von Transparency International an den einstigen Berliner Wirtschaftssenator Gregor Gysi von der PDS, wie es den um die Anti-Korruptionsmaßnahmen in Berlin bestellt sei, habe Gysi damals erklärt, er wolle sich aus Rücksicht auf seinen Koalitionspartner SPD dazu nicht äußern. Insgesamt, so Rohde-Liebenau, würden die Folgen der Wirtschaftskriminalität in der öffentlichen Diskussion drastisch unterschätzt. Der wirtschaftliche Schaden von Korruption und Wirtschaftskriminalität belaufe sich in Deutschland auf immerhin zwei Prozent des kompletten Bruttoinlandproduktes.

Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung... ? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt.-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))

15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (G&R)

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne

Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63

mobil: 0162 - 106 36 92

e-mail: christine.bruenne@web.de

Die bündnisgrüne Debattenseite –
Ideen, Meinungen, Positionen

Sie wollen Ihre Meinung äußern? Post an: Red. Stachel, c/o Grüne Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin, E-Mail: neukoelln@gruene-berlin.de. Oder besuchen Sie unsere Internet-Seite www.gruene-berlin.de/neukoelln, von dort aus gelangen Sie direkt auf unser Online-Forum.

Soll BVG sich denn vielleicht selber Konkurrenz machen?

So schlecht, wie im Programm der Grünen behauptet, sind die Neuköllner Verkehrsanbindungen nun auch wieder nicht

Zum kommunalpolitischen Programm der Neuköllner Grünen für die Verkehrspolitik.

Ich las soeben die Stellungnahme zu schnelleren bzw. direkteren Anbindungen und Verbindungen des ÖPNV aus Neukölln Richtung Osten und Südwesten. Nun ist diese Stellungnahme wohl schon etwas älter, da das neue Verkehrskonzept mit M-Bussen der BVG darin noch nicht erwähnt wird. Mir erscheint die Darstellung ein wenig unstrukturiert und selbst mir als Neuköllnerin, die sowohl nach Dahlem als auch nach Friedrichshain fährt, nicht ganz verständlich. Der X11 verbindet schon seit einer ganzen Weile Berlins Süden miteinander. Sicherlich könnte eine Straßenbahnlinie dies zuverlässiger - aber wie stellen sich die Neuköllner Grünen solch ein Mammut-Projekt insbesondere hinsichtlich der Finanzierung vor?

Warum sollte der ehemalige 141er (jetzt 171er) parallel zur U-Bahn die Karl-Marx-Straße bedienen? Die BVG wird sich wohl kaum selbst Konkurrenz machen. Dies gilt genauso für die Hermannstraße. Was ist an der Anbindung von Neukölln und Friedrichshain schlecht? Man steigt am S-Bahnhof Neukölln ein und ist in vier Stationen an der Warschauer Straße. Der Umstieg am Treptower Park in die S9 oder am Ostkreuz in die S7 ist meistens mit sicherem Anschluss und ohne Wartezeit möglich. Wer vom Hermannplatz in den Osten will nutzt die U8. Hier ist man in 10 Minuten am Hackeschen Markt (U Weinmeisterstraße) oder mit einmaligem Umsteigen am „Kotti“ auch wieder an der Warschauer Straße. Die Wege sind vielfältig und kurz. Sicherlich würde man sich manchmal kürzere und direktere Anbindungen wünschen und besonders der Verkehr von Neukölln nach Treptow ist zugegebenermaßen schlecht erschlossen - ob mit Auto oder mit den Öffentlichen. Aber die BVG hat den steigenden Bedarf erkannt und es wechseln sich nun alle 5 Minuten der 104er und der 365er ab und fahren die Wildenbruchstraße hin und her. Soviel zum Grenzverkehr.

Bei allem Respekt und bei hoher Zustimmung zu grüner Politik im Allgemeinen, hier muss ich anmerken, dass man bei Ihrer Darstellung den Eindruck gewinnen muss, dass ein grüner Student schnell in die Simon-Dach-Straße und zur Uni in Dahlem kommen möchte. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Ich bin auch eine Studentin, die schnell in die Simon-Dach-Straße und zur FU gelangen möchte. Aber

ich verstehe nicht ganz, wieso dafür extra unser schönes Neukölln mit gefährlichen Trams verschandelt werden muss - und warum der Steuerzahler dazu tief in die Tasche greifen soll. Angesichts leerer Kassen erscheint mir dieses grüne Bestreben wenig sozial - gerade in Neukölln. Fünf Minuten längere Fahrzeit sollte für jeden zu verkraften sein. Das Argument, dass der ÖPNV attraktiv sein muss, um Autofahrer in die Bahn zu locken, zieht im Falle Neuköllns meiner Meinung nach eh nicht. Gerade im Norden Neuköllns vermute ich eine Mehrzahl an Personen, die von der BVG abhängig sind – was sicherlich viel mit dem durchschnittlichen Einkommen im Bezirk zu tun hat.

Tatjana Thiel



Berlin gilt als einer der Geburtsorte der Straßenbahn: Doch aus Neukölln wurde die Straßenbahn noch zu Zeiten des alten West-Berlin verbannt. Die Grünen würden die Straßenbahn auch wieder durch Neukölln fahren lassen - eine Idee, die nicht überall auf Zustimmung stößt.

Stachelige Neuköllner Kultur-Tipps

Schmetterlingsflug in Blau-Rot-Gelb



Einen Monat lang sind die farbenfrohen Landschaften des Leonberger Malers Hans Menderl in der Orangerie im Körnerpark zu sehen. Die Ausstellung unter dem „Schmetterlings-Flug“ läuft bis zum 13.11. anlässlich der 35-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Neukölln und Leonberg. Neben den großformatiger Kompositionen sind Holzkulpturen von Menschen und Tieren zu sehen. Die Werke von Hans Menderl, die Optimismus und Hoffnung ausdrücken, wurden in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA gezeigt. ska

☐ Ja, ich abonniere den
Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

- ☐ Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.
- ☐ Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name	Straße	Wohnort
Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440628, 12006 Berlin		

So wird die Schule kulturelles Zentrum

Arche konnte die Jury überzeugen - Förderpreise gehen nach Neukölln

Neukölln – Die Franz-Schubert-Schule mit ihrem Schülerclub Arche gehört zu den Preisträgern des diesjährigen Integrationspreises. Überzeugt hat die Jury des Integrationsbeirates dabei vor allem die vielfältige Arbeit des Schülerclubs Arche. Diese Anlaufstelle der Grundschule in der Weserstraße bietet ein vielfältiges Angebot für Familien unterschiedlicher Herkunft.

Die Betreiber haben ein Elterncafé eingerichtet, veranstalten Deutschkurse für Mütter, türkisch-arabische Elternabende und beraten bei Problemen. Für ihr Engagement, die Eltern in das Schulleben einzubeziehen, erhält die Franz-Schubert-Schule ein Preisgeld von 2.000 Euro. 27 Schulen und Projekte hatten sich um den mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Preis beworben. Ein weiterer Neuköllner Preisträger mit 500 Euro: das „Netzwerk Schülerhilfe“ im Rollbergviertel. Beim „Netzwerk Schülerhilfe“ erhalten Kinder kostenlos eine Hausaufgabenbetreuung. Mit dem Geld will Projektleiterin Susann Schmidtke Anzeigen finanzieren. Sie sucht dringend Freiwillige, die nachmittags mit Schülern in kleinen Gruppen üben. „Derzeit haben wir 25 Aktive aller Altersgruppen.“, so Susann Schmidtke. Die Nachfrage von Eltern an der

REISSCHALE

Asiatische Lebensmittel & Naturkost
Karl-Marx-Straße 181 · 12043 Berlin
☎ (030) 687 73 73

Hausaufgabenhilfe ist groß, die Warteliste lang. Wichtig ist für Susann Schmidtke, dass Ehrenamtliche nicht nur sporadisch Hilfe anbieten und dass sie die deutsche Sprache beherrschen. Für Eltern mit einer anderen Mut-

tersprache sind die schulischen Erfordernisse ihrer Kinder oft unüberwindbare Hindernisse. Das „Netzwerk Schülerhilfe“ möchte mit der Initiative die Spirale von Lern- und Sprachschwierigkeiten durchbrechen. ska



Preisverleihung in der Werkstatt der Kulturen: Info-Messe zum Thema interkulturelle Bildungsarbeit...



Unter der Lupe

Wer ist die Null?

Vielleicht hat das ja alles mit Pisa zu tun, dass wir uns immer wieder ver-wählen. Dabei fing alles so schön an: Ein neuer Anfang für ganz Deutschland war ebenso fest vorprogrammiert wie der Wechsel, wohin auch immer. Auch die erforschte Meinung ließ kei-nen anderen Wahlausgang mehr zu. So waren wir schon bereit, uns auf die „neue Wende“ einzustellen. Merkelwel-le und Stoiberkauder gingen schon da-ran, Pensionsberechtigungen für neue Minister auszurechnen. Und dann kam Volkes Unverstand und ließ den Wechsel erstmal platzen. Ge-gen alle Demoskopie und vorbereiteten Nachrufe für die bislang Regierenden hatte der Wähler, das den Politikern un-bekannte Wesen oder das den Politikern nun bekannte Unwesen (!), hinter das Wahlergebnis ein großes Fragezeichen gesetzt. Nun waren sich alle Parteien einig: Dieser Wähler verdient uns eigentlich nicht! Zwingt er uns doch zu Koalitionen, die jeder Farben-Harmonielehre Hohn sprechen. Schwarz-gelb-grün-rot-grün-gelb-schwarz-rot... Da sich grün-gelb und gelb-grün wegen absoluter Unverträglichkeit (bis auf weiteres) ausschließen, also vorerst nur rot und schwarz übrig bleiben, wird er-wogen, künftig statt Wahlen gleich das Roulette entscheiden zu lassen. Schröder und Merkel überlegen noch, wer die Null ist.

Jürgen Biele



Drachen sind nicht nur feuerpuckende Fabelwesen, sondern auch bunte Gesel-len, die hoch hinaus wollen. Jetzt steigen diese bunten „Flugkörper“ wieder viel-fach in den Berliner Himmel. Erfunden wurden Drachen übrigens im alten China: Vor 3000 Jahren soll-ten sie Feinde abschrecken. Heute dien-en Drachen vor allem als herbstliches Spielzeug. Sie sind bunt und lächeln der Herbstsonne entgegen. Warum aber nehmt ihr eure Drachen bevorzugt in der kühleren Jahreszeit an die Leine? Weht im Herbst das beste Lüftchen? Nein, im Herbst herrschen keine besseren Voraussetzungen als in jeder anderen Jahreszeit. Drachen steigen lassen kann man das ganze Jahr über, aber nur die wenigsten wissen das. Warum sich der Herbst als Drachen-Jahreszeit in den Köpfen festgesetzt hat, kann man nur vermuten: Wahrscheinlich weil man früher nach der Ernte die Stoppelfelder

Des Stachels bunte Seite

Greenpeace präsentiert Drei-Liter-Auto vor IAA
Die richtige Antwort auf die steigenden Ölpreise: Umweltschonendes Fahren

Frankfurt/Main - Zum Start der Internationalen Automobilausstel-lung in Frankfurt/Main präsen-tiert Greenpeace erneut sein Nied-rigverbrauchsauto SmILE. Der Name steht für Small, Intelligent, Light, Efficient (klein, intelligent, leicht, effizient) – Kriterien, die für die Entwicklung neuer Autos gelten müssen.

Das Greenpeace-Auto (Foto) be-steht aus einem umgebauten Renault Twingo und verbraucht auf Lang-strecken 2,5 Liter pro 100 gefahre-ne Kilometer. Auf mehr als 40.000 Kilometern Probefahrt durch ganz Europa hat der SmILE seine Zuver-lässigkeit und seinen niedrigen Ver-brauch immer wieder bewiesen. Das Konzept des Niedrigverbrauch-sautos ist von Greenpeace vor zehn Jahren entwickelt und in einem se-rienfähigen Prototyp, dem SmILE, vor neun Jahren erstmals vorgestellt worden. Der Twingo SmILE ist Eu-ropas verbrauchsgünstiges Auto. „Die deutsche Autoindustrie ver-schläft einmal mehr die Zeichen der Zeit. Ob Katalysator, Rußfilter oder jetzt die Niedrigverbrauchstechnik - alles was die Umwelt entlastet und Arbeitsplätze schafft, wird in den Vorstandsetagen seit Jahrzehnten verzögert oder ganz abgelehnt“, sagt Greenpeace-Verkehrsexperte Gün-ter Hubmann. Und weiter: „Auch die jetzt propagierte Hybridtechnik ist keine Lösung. Hier wird mit ho-hem Aufwand eine komplizierte und wartungsintensive Technik auf den Markt gedrückt, die nur wenig Treib-stoffersparnis bringen wird. Das liegt am zusätzlichen Gewicht und an der Tatsache, dass sich die Ver-brauchsvor-



Das Greenpeace-Auto mit dem Drei-Liter-Motor: Außen Twingo, innen öko...

teile des Elektromotors nur im Stop-and-Go-Betrieb auszahlen. Es ist ein Trauerspiel, dass im Gegenzug die intelligente und bezahlbare Technik zur Halbierung des Spritverbrauchs seit zehn Jahren nicht genutzt wird.“ Der SmILE dagegen hat einen Motor, der auf dem Prinzip der Reduzierung des Hubraums plus Hochaufladung der Verbrennungsluft beruht. Die Industrie hat es während der vergan-gen zehn Jahre nicht geschafft, ei-nen gleichwertigen Benziner auf den Markt zu bringen. Erst neuerdings hat VW das von Greenpeace vorge-schlagene Konzept als den „besseren Weg“ entdeckt und in seinen neuen

Golf GT - unter der Bezeichnung TSI- eingebaut. Das von Autos ausgestoßene Koh-lendioxid (CO2) ist einer der Haupt-verursacher des Treibhauseffektes. Zusammen mit den anderen Treibh-ausgasen verhindert es in der Atmos-phäre die Rückstrahlung von Wärme ins Weltall: Die Hitze staut sich wie unter einem großen Treibhausdach. Dürren, Wirbelstürme und extreme Überschwemmungen sind fatale Fol-gen der künstlichen Erderwärmung. Über 50 Prozent dieses Treibhausef-fektes werden durch Kohlendioxid verursacht. Vergleicht man die Quellen, die das

Kohlendioxid verursachen, dann ist der Verkehr weltweit - zusammen mit den Kraftwerken - der Klimakiller Nummer eins. Dabei hat innerhalb des Verkehrsbereiches der Straßen-verkehr den größten Anteil (in den Industrieländern 80 Prozent). 500 Millionen PKW weltweit stoßen vier Milliarden Tonnen Kohlendioxid pro Jahr aus, das sind 20 Prozent der ge-samten vom Menschen verursachten Menge. Rechnet man noch Straßen-bau, Autoherstellung und Raffinerien hinzu, steigt der Anteil des Verkehrs am CO2-Ausstoß auf fast ein Drittel an.

Sigrid Totz

Der Stachel für die Kids

So lässt du den Drachen steigen

dort nicht fliegen. Lust auf Basteln? So entsteht dein Dra-



chen: Du brauchst dafür: 2 Holzleisten (100 cm, 80 cm), Nylonfaden, kleine Nägel, Drachepapier, Klebstoff, lange Schnur 1. Die beiden Holzleisten werden wie ein Kreuz aufeinander gebunden und

- mit dem Nylonfaden fest zusammenge-bunden.
- 2. Dann wird in jedes Leistenende ein kleiner Nagel eingeschlagen und ein Nylonfaden von Nagel zu Nagel um das Kreuz gespannt. Dabei um jeden Nagel einmal herumwickeln. Die so entstan-de-ne Figur nennt man Rhombus.
- 3. Nun schneidest du aus dem Drachen-papier ebenfalls einen Rhombus aus. Und zwar muss er genau 3 cm größer sein als das Holzgestell. Den überste-henden Papierrand knickst du jetzt über den Nylonfaden und klebst ihn fest.
- 4. Für den Schwanz nimmst du buntes Papier, das du in 20 cm große Quadrate schneidest.
- 5. Jedes Quadrat wird nun zu einer Zieh-harmonika gefaltet und bekommt in der Mitte einen Faden durchgezogen. Je länger der Schwanz, umso ruhiger fliegt dein Drache. Jetzt nur noch die Dra-chenschnur befestigen.



Auch beim Drachenflug:
Achte auf die Umwelt!

Was man beim Drachensteigen unbe-dingt beachten sollte, hat der Drachen-Club Deutschland (DCD) in einem Re-gelwerk zusammen gefasst.

Fliege nur, wo Menschen nicht gefährdet werden. Fliege nur bei Windstärken, bei denen Du den Drachen unter Kontrolle hast. Fliege nie in der Nähe von Strom-masten, Gleisen, Straßen. Berühre keine Leine, die auf einem Strommast liegt. Fliege nie flach über Menschen oder Tiere. Drachenfliegen in Natur- und Vogelschutzgebieten ist untersagt! Brütende Vögel könnten gestört werden. Überhaupt: Bei Tieren können Drachen Panik auslösen. Lass keinen Abfall auf der Wiese zurück. Bäume oder Sträucher nicht als Bodenanker missbrauchen!



• Der letzte Punkt
Nein, mit denen red' ich nicht, ich mach in Opposition. Klar: Im Par-teienspektrum darf für den Protest-wähler auch die Fundamentaloppo-sition nicht fehlen. Und diesen Part wählte man mit Linkspartei bzw. PDS doch schon besetzt. Aber wer wäre da ausgerechnet auch noch auf die FDP gekommen. Einheits-front von Westerwelle-Lafontaine: Ob Hans-Dietrich Genscher davon weiß?